



Ulrike Merten MdB
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses
Chairwoman of the Parliamentary Defence Committee

Festrede

anlässlich

der Verabschiedung der Teilnehmer des

Seminars für Sicherheitspolitik 2009 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

BAKS, am 26. Juni 2009 in Berlin

Sperrfrist: Redebeginn
Redezeit ca. 30 Minuten
es gilt das gesprochene Wort



Ulrike Merten MdB
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses
im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.743

☎ (030) 227-74 352

☎ (030) 227-76 494

✉ ulrike.merten@bundestag.de

Internet: www.ulrikemerten.de

Anrede,

gerne bin ich der Bitte nachgekommen, anlässlich der Verabschiedung der diesjährigen Teilnehmer des Seminars für Sicherheitspolitik die Festrede zu halten. Und dies nicht nur, weil ich im **Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik** sitze, sondern auch und gerade, weil mir als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses das Anliegen Ihres Seminars sehr am Herzen liegt.

Denn worum geht es dabei? Nur um den Erwerb weiterer Fachkenntnisse?

Die Antwort lautet ganz klar: Nein!

Sicher, Fachkenntnisse zu erwerben, ist immer den Schweiß der Edlen wert.

Aber es geht auch noch um etwas ganz anderes: **Vernetzung**.

Nicht umsonst ist es eines der großen Ziele dieses Seminars, die Teilnehmer in Handlungsfeldern **ressortübergreifender Sicherheitspolitik** weiterzubilden.

Nicht umsonst geht es um die Förderung strategischer Handlungskompetenz, die *weit über den jeweils eigenen Verantwortungsbereich hinausgeht*. Und nicht umsonst geht es auch um die Etablierung *langfristiger Beziehungen* zwischen Entscheidungsträgern und Angehörigen der Exekutive in herausgehobener Verantwortung sowie maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Und zwar – und dies sei nicht nur nebenbei bemerkt – nicht nur in Deutschland. Insofern freut es mich besonders, heute neben einer Vielzahl illustrier Teilnehmer aus *unserem* Land mit **Group Captain Julian Andrews** und **Colonel Bertrand Boyard** je einen Vertreter aus Großbritannien bzw. Frankreich begrüßen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was wir brauchen ist ein neues Verständnis, die Entwicklung eines neuen **umfassenden Sicherheitsbegriffs**, der auch eine zivile Komponente genau in den Blick nimmt. Dieser übergreifende Ansatz spielte bei Ihrem Seminar eine entscheidende Rolle und soll auch das Thema meiner heutigen Rede sein.

Wenn ich gerade behauptet habe, dass wir einen neuen umfassenden Sicherheitsbegriff benötigen, können Sie natürlich zu Recht die Frage stellen, wie ich zu dieser Behauptung komme.

Die Antwort ergibt sich aus der schlichten Erkenntnis, dass unsere Sicherheit nicht mehr nur davon abhängt, dass wir zur Landesverteidigung in der Lage sind. Denn die Bedrohungen und Risiken entstehen für uns nicht mehr in erster Linie durch das Vorhandensein gewaltiger und hochgerüsteter gegnerischer Armeen.

Nein, Sicherheit hängt heutzutage in beträchtlichem Maße davon ab, dass wir auch eine Vielzahl von *nicht* rein militärischen Problemen bewältigen können – und zwar in Ländern, die teilweise weit von uns entfernt liegen. Ich weiß, dass der Satz von Peter Struck „*Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt*“ oft genug strapaziert worden ist. Er behält aber trotzdem seinen wahren Kern: Bedrohungen unserer Sicherheit muss dort entgegen getreten werden, wo sie entstehen. Dass dabei von bestimmten Ländern überhaupt eine Gefährdung unserer Sicherheit ausgeht, hat aber Ursachen, die das Militär alleine nicht lösen kann.

Es dürfte nahezu unbestritten sein, dass sich nach Ende des Kalten Krieges die Mehrzahl der aktuellen und künftigen Risiken aus der Zerrüttung staatlicher Ordnungen durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen ergibt. Beispiele wie Somalia, Kongo oder Afghanistan

zeigen, dass es hier mit dem bloßen Einsatz von Truppen in keinsten Weise getan ist, um Sicherheit für das betreffende Land zu erreichen – und damit, und das ist ja der entscheidende Punkt, letztlich für uns!

Als Reaktion auf diese Entwicklung hat die Bundesregierung vor schon wieder drei Jahren mit dem **Weißbuch zur Sicherheitspolitik** eine Bilanz der tiefgreifenden Veränderungen seit 1989 gezogen und ein **Grundkonzept „Vernetzte Sicherheit“** vorgelegt. Die Antwort auf die neue Herausforderung liegt demnach in einer engen Verzahnung der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungs-, aber auch der Sozial- und Bildungspolitik im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses.

Konkret bedeutet vernetzte Sicherheit zunächst die **institutionelle Verzahnung** aller sicherheitspolitisch relevanten Akteure und zwar sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene. Was die **internationale Ebene** anbelangt, so erzähle ich Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass Deutschland seine sicherheitspolitischen Interessen nur gemeinsam mit seinen Partnern verwirklichen kann. Deshalb ist es unser zentrales Interesse, unsere Außen- und Sicherheitspolitik in multilaterale, kooperative und supranationale Strukturen einzubetten. Auch das Weißbuch von 2006 spricht davon, dass ein umfassender Ansatz nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen entwickelt werden kann. Daher stellt die auch institutionelle

Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitspolitik und der strategischen Partnerschaft zwischen NATO und EU für uns ein wichtiges Ziel dar.

Wichtig ist dabei vor allem im Hinblick auf die EU, dass sich die institutionellen Neuerungen nicht darauf beschränken, die traditionellen sicherheitspolitischen Strukturen der Nationalstaaten auf EU-Ebene zu übertragen, sondern tatsächlich die Idee einer umfassenden, zivil-militärisch integrierten Sicherheitspolitik widerspiegeln.

Allerdings wissen wir auch, dass die Mühlen der EU ebenso wie der NATO zuweilen recht langsam mahlen, insbesondere auf einem unter Souveränitätsgesichtspunkten recht heiklen Feld wie der Außen- und Sicherheitspolitik. Das aus gewissen Gründen nicht immer einfache Verhältnis zwischen NATO und EU macht die Zusammenarbeit der beiden Institutionen ebenfalls nicht einfacher. Hier sollte so mancher lernen, über seinen Schatten zu springen.

Im Hinblick auf die institutionelle Verzahnung auf **nationaler Ebene** muss Deutschland Mut zu echten strukturellen Reformen zeigen. Was wir benötigen, ist die Entwicklung effektiver Koordinations- und Kooperationsstrukturen, die alle sicherheitspolitisch relevanten nationalen Ressorts und Akteure umfassen muss.

Hier sind zumindest erste Ansätze bereits zu erkennen:

So sind Beispiele für bereits etablierte ressortübergreifende Netzwerkstrukturen in Deutschland:

- das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes
- das Nationale Lage- und Führungszentrum Sicherheit im Luftraum sowie
- der Ressortkreis Innere Sicherheit,

welche jeweils verschiedene Ministerien zusammenfassen, um gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren. Aber – und dies ist für mich als Verteidigungspolitikerin von besonderer Bedeutung – auch für die Vernetzung der deutschen Akteure vor Ort in den Einsatzgebieten wurden spezifische Maßnahmen entwickelt. Als Beispiel will ich hier das in meinen Augen sehr erfolgreiche Modell der **Provincial Reconstructions Teams** in Afghanistan nennen. Die PRTs waren von Anfang an als ressortgemeinsamer Ansatz konzipiert. Folgerichtig wird ein PRT von einem zivilen Leiter aus dem AA und einem militärischen Kommandeur geführt. Ebenso wirken Vertreter aus dem BMI und dem Entwicklungshilfeministerium mit, so dass alle relevanten Stellen unmittelbar vor Ort und miteinander vernetzt sind.

Meine Damen und Herren,

ich würde gerne behaupten, dass die institutionelle Verzahnung unabhängig von den Bemühungen der Bundesregierung auch vor dem **Bundestag** nicht halt macht. Gleichwohl muss ich gestehen, dass es auch hier aus meiner Sicht noch einigen Verbesserungsbedarf gibt. Zwar gibt es nunmehr zumindest innerhalb mancher Fraktionen z. B. eine „**Afghanistan Task Force**“, also eine Runde, in der sich die jeweils zuständigen Fraktionsreferenten aus den verschiedenen Bereichen austauschen. Ob allerdings Verteidigungs-, Außen-, Innen oder Entwicklungspolitiker miteinander sprechen oder nicht, hängt im Wesentlichen von ihrem guten Willen ab.

Denn gemeinsame Gremien, in denen *wir* uns austauschen könnten, stehen uns nicht zur Verfügung.

Gemeinsame Sitzungen der relevanten Ausschüssen sind zwar denkbar, hat es aber (meines Wissens) zum Thema Auslandseinsätze in den letzten Jahren nicht gegeben.

Angesichts der Größe der einzelnen Ausschüsse ist dies vielleicht auch gar nicht effektiv. Doch bleibt es in meinen Augen trotzdem bedauerlich, dass es bei uns keine institutionelle Verklammerung gibt, nicht zuletzt um unsere Position als Parlament gegenüber der Regierung noch zu stärken.

Der **Verteidigungsausschuss** behilft sich damit, dass er in seine Beratungen regelmäßig auch nichtmilitärische Aspekte einfließen lässt. Wir beschäftigen uns beispielsweise schon seit Jahren intensiv mit dem zivilen Wiederaufbau in

Afghanistan und haben hierzu auch schon hochrangige Vertreter aus dem Entwicklungsministerium zu Gast gehabt. Ebenso beschäftigen wir uns immer wieder mit dem leidigen Thema *Polizeiaufbau in Afghanistan* – und das nach meinem Eindruck umfassender als der eigentlich zuständige Innenausschuss.

Warum wir das tun? Weil wir ein Interesse daran haben, dass die Bundeswehr ihre Einsatzländer auch irgendwann wieder verlassen kann. Dies setzt aber ein Maß an zivilem Wiederaufbau und Versöhnungsarbeit voraus, das nur von der zivilen Komponente geleistet werden kann. Deswegen ist diese Komponente für uns so wichtig. Und deswegen darf ich vielleicht ganz unbescheiden sagen: Ich denke, dass gerade wir Verteidigungspolitiker das Konzept des vernetzten Ansatzes am stärksten verinnerlicht haben.

Und dies führt mich zu meinem zweiten großen Punkt: der Wichtigkeit eines **neuen Denkens.**

Meine Damen und Herren,

Goethe soll einmal gesagt haben: *„Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man schönes bauen.“*

Dies mag für manche Situationen sogar richtig sein, für den Ansatz der vernetzten Sicherheit jedoch gilt diese Aussage jedenfalls nicht. **Dieser kann**

nur dann erfolgreich und effektiv umgesetzt werden, wenn allen Beteiligten klar ist, dass vernetztes Denken letztlich wichtiger ist als alle Strukturfragen.

Denn auch mit neuen Strukturen müssen wir zwangsläufig scheitern, wenn die darin handelnden Akteure nicht bereit sind, über ihren eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und sich gegenseitig Steine in den Weg legen. Eine vernetzte und vorausschauende Sicherheitspolitik benötigt ein Denken über die althergebrachten engen Ressortgrenzen der Außen- und Sicherheitspolitik hinweg. Vielversprechende Konzepte für ein abgestimmtes und kohärentes Vorgehen gibt es bereits. So existiert aus dem Jahr 2000 das **Gesamtkonzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“** und aus dem Jahr 2004 der **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“**. Aber sie müssen natürlich auch mit Leben erfüllt werden.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Erkenntnis. So muss das Militär erkennen, dass es nur noch eine Option in einem breit gefächerten Spektrum an sicherheitspolitischen Instrumenten ist. Seine Rolle bleibt zwar fraglos wichtig, ist aber insofern neu, als es in ein umfassendes ziviles Rahmenkonzept eingebettet ist und es gerade ermöglichen soll, dass dieser Rahmen auch ausgeschöpft werden kann.

Um es am Beispiel Afghanistan festzumachen: Wir führen dort keinen Militäreinsatz um seiner selbst Willen durch, in dem die Entwicklungshelfer nur „Hiwis“ der Soldaten sind. Vielmehr ist es genau andersherum: es geht um

den zivilen Wiederaufbau Afghanistans, bei dem das Militär nur dazu dient, den Entwicklungshelfern ein **möglichst sicheres Umfeld** zu bereiten.

Und wenn ich „nur“ sage, bitte ich, dies nicht falsch zu verstehen. Denn gerade die **letzten Monate – und auch gerade die letzte Woche** – haben gezeigt, wie viele Mühen und immer wieder auch Opfer es die Bundeswehr kostet, eben dieses Umfeld zu schaffen.

Mir geht es hier darum, dass das Militär nach meiner Einschätzung die Sichtweise, Teil eines über das Militärische hinausgehenden Konzepts zu sein, im Wesentlichen verinnerlicht und sein Aufgaben- und Selbstverständnis entsprechend angepasst hat. Worüber ich sehr froh bin.

Demgegenüber sehe ich ehrlich gesagt auf der zivilen Seite deutlich stärkere Anpassungsprobleme. Gerade bei Nichtregierungsorganisationen und Ministerien mit einer besonders starken „zivilen“ Tradition sehe ich nach wie vor gewisse Vorbehalte gegenüber dem Militärischen, die es abzubauen gilt. Diese Vorbehalte findet man interessanterweise nach meiner Erfahrung weniger bei der Arbeitsebene vor Ort, wo Dinge pragmatisch angegangen werden, als bei manchem hohen und höchsten „Würdenträger“ in der Heimat.

Dabei will ich meine Kolleginnen und Kollegen im **Bundestag** übrigens gar nicht zur Gänze ausnehmen. Auch im Bundestag machen Verständnis und Voraussicht bei mancher Kollegin und manchem Kollegen leider an der Grenze des eigenen (engen) Politikfeldes halt. Ich plädiere daher schon seit

geraumer Zeit dafür, dass Mandate zum Militäreinsatz im Rahmen und auf der Grundlage eines umfassenden Einsatzauftrags bzw. eines zivil-militärischen Gesamtkonzepts erteilt werden. Alle Elemente, die Bestandteil der Konfliktlösung sind, wie z.B. auch der Polizei- und Justizaufbau oder Entwicklungshilfeprojekte müssten in das **Bundestagsmandat** einfließen. Als Folge davon würden im Rahmen der jährlichen Mandatsverlängerungen neben dem BMVg auch die anderen Ministerien im Parlament über den Erfolg oder Misserfolg der von ihnen zu verantworteten Maßnahmen vortragen und Perspektiven und Ziele entwickeln müssen. Meine damit verbundene Intention ist, dadurch das **Bewusstsein für den vernetzten Ansatz auch im Parlament** weiter zu fördern.

Ebenfalls ist es meine Hoffnung, dass Sie, meine Damen und Herren, spätestens im Verlauf dieses Seminars in den letzten Monaten das neue Denken verinnerlicht haben und in ihren Bereichen künftig fördern werden.

Die vernetzte Sicherheit, wann immer der Begriff im Munde geführt wird, zu beklatschen, ist eine Sache – eine ganz andere jedoch, traditionelles Denken – und dazu zählt auch traditionelles Ressortdenken – tatsächlich zu überwinden. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies aus der Distanz nicht möglich ist. Wirkliches Umdenken braucht die Nähe des „Anderen“. Diese Nähe haben Sie nun sechs Monate lang genossen. Militärs mit

Wissenschaftlern, Ministeriale mit Leuten aus der Wirtschaft, Verbandsmitarbeiter mit Journalisten.

Sie haben sich im Idealfall gut miteinander verstanden, waren trotzdem nicht immer einer Meinung, sind jetzt voller guter Vorsätze und haben vor allem eines aus diesem Seminar mitgenommen: nämlich das Verständnis dafür, was vernetzte Sicherheit tatsächlich bedeutet und dass sie gelebt werden muss.

Vergessen Sie nicht, dass strukturelle Vernetzung wichtig ist. Aber alle Organisationserlasse können nicht das ersetzen, was sich in den zurück liegenden sechs Monaten hoffentlich in Ihren Köpfen verändert hat, und was sie hoffentlich weitertragen werden. Dann hat auch das diesjährige Seminar seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Bleiben Sie miteinander in Vernetzung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!